

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Berufliche Perspektiven für Integrationslots*innen – Qualifizierung durch die Verwaltungsakademie

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den Integrationslots*innen, die im Rahmen des Landesrahmenprogramms Integrationslots*innen beschäftigt sind, eine berufliche Perspektive durch eine berufsbegleitende Qualifizierung an der Berliner Verwaltungsakademie zu eröffnen. Hierzu soll die Verwaltungsakademie ein geeignetes Programm zur Einstiegsqualifizierung für den öffentlichen Dienst entwickeln, in dem Theorie und Praxis für die Verwaltungstätigkeit geschult wird, das offen ist für Integrationslots*innen und Anschlussmöglichkeiten für den Verwaltungslehrgang I ermöglicht. Die Ausbildung der Integrationslots*innen erfolgt berufsbegleitend während ihrer Arbeitszeit ohne Teilnahmegebühr und ohne Gehaltseinbußen.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31. Dezember 2019 zu berichten.

Begründung:

Integrationslots*innen erfüllen eine wichtige gesellschaftliche Brückenfunktion und sind schon jetzt in vielen Berliner Behörden unverzichtbarer Teil des Teams geworden. In der Beschreibung des Landesrahmenprogramms wird diese Tätigkeit gelobt als wichtige Anstöße zur interkulturellen Öffnung. Jedoch haben die Integrationslots*innen bisher nicht die Möglichkeit, sich auf feste Tätigkeiten in den Berliner Behörden zu bewerben und verbleiben in befristeten Positionen in der Bezahlung nach TV-L 3. Sie werden zwar im Landesrahmenprogramm Integrationslots*innen durch ein 150-stündiges Begleitprogramm qualifiziert, allerdings eröffnet diese Basisqualifizierung keine beruflichen Perspektiven, da es in formalen Bewerbungsprozessen nicht anerkannt ist.

Um den Integrationslots*innen eine berufliche Perspektive in der Verwaltung zu ermöglichen, soll die Verwaltungsakademie eine Einstiegsqualifizierung entwickeln, die wiederum anschlussfähig ist für den Verwaltungslehrgang I der VAK Berlin. Für die Ausbildung sollen die Integrationslots*innen berufsbegleitend von der Arbeit freigestellt werden und keine Teilnahmegebühr entrichten oder Gehaltseinbußen haben. Die Einstiegsqualifikation ersetzt die für den Verwaltungslehrgang I notwendige 3-jährige Berufserfahrung und gibt den Teilnehmenden in einem ca. 4- bis 6-monatigen berufsbegleitenden Kurs ein Basiswissen über Verwaltungsarbeit an die Hand.

Im daran anschließenden Verwaltungslehrgang I wird tariflich Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ohne Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte/r, Fachangestellte/r für Bürokommunikation oder ohne vergleichbare Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz ein umfassendes Verwaltungsgrundwissen vermittelt. Dieser Abschluss schafft für die Integrationslots*innen eine reale Berufsperspektive in der Verwaltung, wirkt dem Personalmangel in den Berliner Ämtern entgegen und unterstützt die interkulturelle Öffnung.

Gezielte Qualifikation bereits aktiver Integrationslots*innen ist zentral, um ihnen eine echte Teilhabe am ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Denn der weit überwiegende Teil der als Lots*innen tätigen Menschen verfügt über akademische oder berufliche Abschlüsse. Dieses Potenzial soll auf diesem Wege im gesamtgesellschaftlichen Interesse erschlossen werden. Die Möglichkeit zu dieser beruflichen Perspektive ist natürlich freiwillig und kann von jeder/m Integrationslots*in im Landesrahmenprogramm als Option selbst gewählt werden.

Berlin, den 31. Oktober 2019

Saleh Dr. Böcker-Giannini
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Taş Schubert
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Dr. Kahlefeld
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen